



Rede

von

António Guterres

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen

**"Flucht und erzwungene Migration:
Antworten auf die Herausforderungen dieses Jahrzehnts"**
(Inoffizielle deutsche Übersetzung)

anlässlich des 10. Berliner Symposiums zum Flüchtlingsschutz

Friedrichstadtkirche Berlin

am 15. Juni 2010

- Es gilt das gesprochene Wort -

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich fühle mich sehr geehrt, heute mit Ihnen hier den 10. „Geburtstag“ dieses wichtige Denkanstöße vermittelnden Forums feiern zu können. Auch für mich persönlich ist heute ein besonderer Tag, markiert er doch den ersten Arbeitstag meiner zweiten fünfjährigen Amtszeit als Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen.

Im Dezember dieses Jahres wird UNHCR 60 Jahre alt. Nächstes Jahr wartet auf uns der 60. Jahrestag der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der 50. Jahrestag des internationalen Abkommens zur Verminderung der Staatenlosigkeit. Hinzu kommt der 150. Geburtstag von Fridtjof Nansen, dem ersten Flüchtlingskommissar des Völkerbundes, nach dem auch die höchste Auszeichnung benannt ist, die UNHCR zu vergeben hat.

Diese nahenden Geburts- und Feiertage sind auch ein geeigneter Anlass, auf die Lage der derzeit weltweit mehr als 43 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene einzugehen. 15 Millionen von ihnen gelten als Flüchtlinge im engeren Sinne. Wer dem Schutzbedarf der Flüchtlinge und Vertriebenen im nächsten Jahrzehnt gerecht werden will, muss ein klares Verständnis der sich ändernden Dynamik von Flucht und Vertreibung haben. Entsprechend muss UNHCR sich in seiner Arbeit kontinuierlich anpassen.

Das UNHCR-Kernmandat ist es, weltweit Flüchtlinge zu schützen und zu unterstützen sowie für sie dauerhafte Lösungen zu finden - mit Ausnahme jener, die unter die Verantwortung des UN-Hilfswerks für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) fallen, grob geschätzt ein Drittel der genannten rund 15 Millionen Flüchtlinge.

Bis heute haben 147 Staaten die Genfer Flüchtlingskonvention bzw. ihr Zusatzprotokoll oder beide zusammen ratifiziert. Diese Instrumente erfordern von Staaten, mit UNHCR bei der Ausübung seiner Funktionen zusammenzuarbeiten. Und sie verleihen der Organisation eine einzigartige Autorität, sich zugunsten von Personen außerhalb ihres Heimatlandes bei Nichtvorhandensein von deren nationalen Schutz zu verwenden.

Durch eine Vielzahl von Beschlüssen der UN-Vollversammlung, die bis in das Jahr 1974 zurückreichen, ist UNHCR auch **die** internationale Organisation, die mandatiert ist, sich um die Probleme von Menschen zu kümmern, die staatenlos sind bzw. die Gefahr laufen, staatenlos zu werden. Ende 2009 waren weltweit 6,6 Millionen Menschen als staatenlos bekannt, inoffiziellen Schätzungen zufolge waren es sogar bis zu zwölf Millionen.

UNHCR nimmt seine Verpflichtung äußerst ernst, die Achtung für die Integrität seines Amtes sicherzustellen.

Die Welt ändert sich und die internationale Staatengemeinschaft sieht sich neuen Trends und Herausforderungen mit Blick auf Flucht und Vertreibung von Menschen konfrontiert.

Die globalen Megatrends von heute – Bevölkerungsentwicklung, Urbanisierung, Nahrungsmittel- und Trinkwasserknappheit, Rohstoffmangel und vor allem der Klimawandel – sind zunehmend ineinander verwoben, verschärfen Konfliktsituationen und verbinden sich auf eine Weise, die Menschen zwingt, ihre angestammte Heimat zu verlassen.

Forscher der Universitäten von Berkeley, Stanford, New York und Harvard haben unlängst eine Studie vorgelegt, mit der die Regenfall- und Wittertemperaturrekorde in Afrika zwischen 1980 und 2002 und dessen Auswirkungen analysiert wurden. Die Autoren zogen das Fazit, dass mit nur einem Grad Temperatur-Anstieg das Risiko eines Konflikts um 50 Prozent erhöht wird.

Die meisten Menschen, die aufgrund von Konflikten und Verfolgung ihre Dörfer und Städte verlassen mussten, suchten Zuflucht innerhalb der Grenzen ihres Heimatlandes. In Afrika leben allein 40 Prozent der geschätzten 27 Millionen Binnenvertriebenen weltweit. Selbst ein sehr niedriger Temperaturanstieg würde, gemessen an den damit verbundenen prognostizierten Auswirkungen auf den Klimawandel, signifikant Konflikte beschleunigen, die zu Flucht und Vertreibung führen.

Wenn innerhalb eines Staates Menschen entwurzelt werden, dann liegt die Verantwortung für diese Menschen zu allererst bei den betroffenen Staaten selbst. Mit Blick auf Afrika offenbart sich hier aber eine fundamentale Unfairness, ausgelöst durch den Klimawandel: Jene, die am wenigsten dafür verantwortlich und mit den geringsten Ressourcen für eine Antwort ausgestattet sind, werden hiervon am meisten betroffen.

Schon jetzt fliehen viele Menschen – als Reaktion auf diese Trends - auch über internationale Grenzen. Vielleicht erfüllen sie nicht die Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention, nichtsdestotrotz brauchen sie Schutz und Unterstützung.

UNHCR steht nicht allein da mit der Herausforderung, auf Formen von Flucht, Entwurzelung und Vertreibung zu reagieren, die das formale Mandat nicht vorsieht. Die globale humanitäre Gemeinschaft entwickelt sich ebenfalls weiter, es entstehen neue Formen der Zusammenarbeit und der Partnerschaft, die nicht nur die UN, sondern auch die die Rotkreuz/Roter Halbmond Bewegung und andere NGO's umfassen.

UNHCR sieht sich selbst als eine Organisation mit der notwendigen Erfahrung, Expertise und den Kapazitäten, um ein zentrales Instrument der internationalen Gemeinschaft zu sein, wenn es darum geht, Staaten dabei zu unterstützen, Menschen die gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen und sich nun in schwierigen Lebensumständen wiederfinden, zu schützen und zu helfen sowie für ihre Probleme Lösungen zu finden, .

In diesem Zusammenhang hat UNHCR Verantwortung auch dann übernommen, wenn die betroffenen Menschen nicht eine internationale Grenze überquert haben. UNHCR ist nun federführend bei der Krisenreaktion auf Fluchtsituationen, die innerhalb eines Staates durch Konflikte ausgelöst wurden – und zwar für die Bereiche Schutz, Unterkunft und Camp Verwaltung.

Werden wir gefragt, sind wir auch bereit, im Falle von Naturkatastrophen vor Ort federführend bei Schutzmaßnahmen für die Betroffenen tätig zu werden. Selbstverständlich würde dies nur in enger Zusammenarbeit und Konsultation mit der jeweils betroffenen Regierung und Partnerorganisationen erfolgen, vor allem mit UNICEF und dem Amt der UN-Menschenrechtskommissarin.

Wir haben uns so entwickelt, dass wir zusätzliche Verantwortlichkeiten übernehmen, dabei aber gleichzeitig die Integrität unseres Kernmandats wahren können. Wir brauchen diese adaptierte Fähigkeit, um die drei wesentlichen Herausforderungen annehmen zu können, mit denen UNHCR heute konfrontiert ist.

Die erste Herausforderung möchte ich charakterisieren als die wachsende Zahl von hartnäckigen Dauerkrisen. Bei den großen Konflikten wie denen in Afghanistan, Somalia und der Demokratischen Republik Kongo gibt es derzeit keine Anzeichen für eine Lösung. Konflikte, von denen man meinte, sie seien bereits beendet oder zumindest auf dem Weg dazu, wie z.B. im südlichen Sudan oder im Irak, dauern ebenfalls an.

Deshalb war das letzte Jahr auch ein schlechtes Jahr für die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen. Genau genommen, war es das Schlechteste seit 20 Jahren. Knapp 250.000 Flüchtlinge kehrten letztes Jahr in ihre Heimat zurück. Das ist lediglich rund ein Viertel der durchschnittlichen Zahl der Flüchtlinge, die im letzten Jahrzehnt pro Jahr heimkehrten.

Schon heute lebt eine Mehrheit von Flüchtlingen fünf Jahre oder länger im Exil. Ihr Anteil wird unvermeidlich wachsen, wenn immer weniger Flüchtlinge in der Lage sein werden, nach Hause zurückzukehren.

Wer wird sich um diese Flüchtlinge kümmern? Anders als uns populistische Politiker glauben machen wollen, leben vier Fünftel der Flüchtlinge weltweit in Entwicklungsländern, zunehmend dort auch in urbanen Ballungszentren. Sie werden von Menschen und Gemeinschaften aufgenommen, die – obwohl selbst oftmals arm – sie willkommen heißen und unterstützen.

Um die relativen Belastungen bei der Unterstützung von Flüchtlingen genauer zu bestimmen, hat UNHCR einen statistischen Vergleich unternommen und die Zahl der jeweiligen Flüchtlinge auf jeweils einen US-Dollar des jeweiligen Bruttosozialprodukts pro Kopf des Aufnahmelandes umgerechnet. Aus diesem Vergleich ergibt sich, dass die Top 25 Aufnahmestaaten ausnahmslos Entwicklungsländer sind, 14 von ihnen gehören sogar zu den Ärmsten der Armen

Pakistan steht an der Spitze dieser Liste mit 745 Flüchtlingen pro Dollar des Bruttosozialprodukts pro Kopf. Deutschland ist das erste Industrieland auf dieser Liste, es liegt an 26. Stelle, mit 17 Flüchtlingen pro Dollar des Bruttosozialprodukts pro Kopf.

Wir müssen mehr tun, um Lösungen für Flüchtlinge zu finden.

Es gibt einige Situationen, da ist Integration im Erstasyland möglich. In Staaten, die Asylsysteme kennen, bedeutet jede individuelle Zuerkennung des Flüchtlingsstatus eine dauerhafte Lösung.

Letztes Jahr haben ein Viertel von rund einer Million Asylsuchender in Europa, Nordamerika oder Ozeanien einen internationalen Schutzstatus erhalten. Jüngst wurde durch die bemerkenswert generöse Haltung der Regierung von Tansania mehr als 162.000 burundischen Flüchtlingen die Staatsbürgerschaft verliehen. Sie waren 1972 aus ihrem Heimatland geflohen.

Es wäre jedoch nicht möglich gewesen, die Voraussetzung für eine Integration überhaupt realisieren zu können, hätte es in den letzten Jahren nicht auch ein massives Programm zur freiwilligen Rückkehr nach Burundi und ein größeres Resettlement-Programm gegeben.

Resettlement nennt man den Prozess, durch den Flüchtlinge aus ihren Erstasylländern (gewöhnlich in Entwicklungsländern) dauerhaft in Drittländern (zumeist Industriestaaten) neuangesiedelt werden. Flüchtlinge werden neuangesiedelt, wenn sie nicht aus Sicherheitsgründen in ihren Erstasylländern bleiben können oder dort keine Möglichkeit für einen dauerhaften Aufenthalt haben.

Letztes Jahr war insofern ein bemerkenswerter Erfolg, da UNHCR mehr als 128.000 Flüchtlinge einer Reihe von Staaten zur Aufnahme vorschlagen konnte. Innerhalb von fünf Jahren konnte so die Zahl der Resettlement-Vorschläge verfünffacht werden.

Bedauerlicherweise wird man diese Zahl der Vorschläge nicht aufrechterhalten können, wenn die Zahl der tatsächlich zur Verfügung gestellten Aufnahmeplätze damit nicht Schritt hält. Derzeit kann UNHCR weltweit mit insgesamt rund 80.000 Aufnahmeplätzen von Staaten rechnen. Ohne weitere, zusätzliche Plätze werden wir unvermeidlich eine lange Warteliste für Flüchtlinge produzieren, die für das Resettlement vorgesehen sind, aber nirgendwohin gehen können.

Wichtig, wenn auch vorläufige Schritte wurden unternommen, um ein EU-weites Resettlement Programm zu installieren. Ein zahlenmäßig robustes Resettlement-Programm auf EU-Ebene würde die Zahl der für Flüchtlinge dringend benötigten Aufnahmeplätze erhöhen. Es wäre zugleich ein konkreter Beweis für internationale Solidarität und Lastenteilung.

Aus meiner Sicht sollte Resettlement ein Eckpfeiler des europäischen Asyls und der Politik internationaler Zusammenarbeit sein. In den letzten Jahren wurden von Europa rund 6.000 Resettlement-Aufnahmeplätze zur Verfügung gestellt – rund neun Prozent aller Plätze weltweit.

Letztes Jahr hat Deutschland Aufnahmeplätze für 2.500 irakische Flüchtlinge bereitgestellt. Die *Save me* Kampagne läuft mittlerweile in 55 deutschen Städten. 23 Stadträte haben ihre Bereitschaft erklärt, „resettelte“ Flüchtlinge aufzunehmen. Dies zeigt, dass es hierzulande eine breite öffentliche Unterstützung für ein jährliches Aufnahmeprogramm gibt.

UNHCR würde eine Entscheidung der Bundesregierung ausdrücklich begrüßen, die bislang praktizierte *ad hoc* Aufnahme in ein jährliches Resettlement-Programm münden zu lassen. Dies wäre ein großer Beitrag, um Flüchtlingen weltweit zu helfen, die auf einen Aufnahmeplatz warten.

Gleichzeitig gilt auch, dass für die meisten Flüchtlinge eine freiwillige Rückkehr die bevorzugte Lösung bleiben wird. Hier sehe ich die größte Herausforderung darin, eine freiwillige Rückkehr sinnvoll zu machen. Dies ist vor allem eine politische Herausforderung - notwendig ist es, einen dauerhaften Frieden zu schaffen. Wenn Sicherheit herrscht, wird es den Betroffenen möglich heimzukehren, aber wirtschaftliche Möglichkeiten und Entwicklung sind notwendig, um ihnen in ihrer Heimat dann auch ein Bleiben zu ermöglichen.

Die zweite große Herausforderung, mit der UNHCR konfrontiert ist, betrifft den schrumpfenden humanitären Handlungsspielraum. Kleinwaffen und Banditentum haben sich stark vermehrt. *Peacekeepers* werden zu Orten entsandt, wo es keinen Frieden gibt. Unsere Ideen über friedenserhaltende Maßnahmen haben sich vielleicht durch die tatsächlichen Ereignisse überholt.

Die Menschenrechtsagenda, aus der heraus UNHCR gegründet wurde und von der wir auch abhängig sind, wird zunehmend von der Agenda der Nationalen Souveränität an die Seite gedrängt. So sollen aktuell nach dem Willen der betroffenen Staaten zwei friedenserhaltende UN-Einsätze vom Umfang reduziert und dann eingestellt werden.

Der Handlungsspielraum, in dem UNHCR und andere humanitäre Akteure sich bewegen, wird immer kleiner. Es gibt mehr Angriffe auf humanitäre Helfer, sowohl durch staatliche wie durch nichtstaatliche Akteure. UNHCR hat innerhalb von sechs Monaten im letzten Jahr bei einem Einsatz drei Mitarbeiter durch mehrere, getrennt erfolgte Angriffe verloren. Humanitären Organisationen wird der Zugang zu notleidenden Zivilbevölkerungen verweigert. Hilfsprogramme werden zweckentfremdet oder manipuliert. Humanitäre Organisationen werden des Landes verwiesen.

UNHCR ist tief besorgt über diese Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Effektivität unserer Arbeit, auf die Sicherheit unserer Mitarbeiter und auf den humanitären und unpolitischen Charakter der Organisation als Ganzes.

Es wird eine Priorität der nächsten Jahre sein, dafür einzutreten, den humanitären Handlungsspielraum zu bewahren und auszudehnen. Entscheidend für den Erfolg dieser Bemühungen wird sein, die Unterstützung der Entwicklungs- und gerade auch der Schwellenländer zu katalysieren, denen im globalen Kräfteverhältnis unaufhaltsam eine immer größere Bedeutung zukommt. Wenn diese Staaten nicht wieder für die Menschenrechtsagenda zu gewinnen sind, werden UNHCR und andere humanitäre Akteure mit ziemlicher Sicherheit den Handlungsspielraum verlieren, den sie brauchen, um das tun zu können, wozu sie mandatiert worden *sind*.

Die dritte große Herausforderung für uns hat besondere Relevanz hier in Europa: Die Erosion des Asylraumes. Es gibt durchaus einige positive Entwicklungen, wie z. B. die Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen in Malta, das – so unser Kenntnisstand - frühestens im Dezember dieses Jahres eröffnet werden soll.

Insgesamt aber sind die Trends beunruhigend. Es ist sogar noch schwieriger für Menschen geworden, Schutz zu suchen und Zugang zu Territorien von

Staaten zu haben, wo sie Schutz finden können. Zudem gibt es einen wahrnehmbaren Anstieg von rassistischen und fremdenfeindlichen Handlungen

Ebenso beunruhigend wie die Übergriffe selbst, ist auch die anscheinend wachsende Gleichgültigkeit ihnen gegenüber, wenngleich es wichtig ist festzustellen, dass einige Regierungen Anstrengungen unternehmen, diese Fremdenfeindlichkeit zu verurteilen und zu bekämpfen.

Starke Gegenkräfte werden gebraucht, um sich gegen wachsende fremdenfeindliche Stimmungen zu stemmen, besonders an den Schnittpunkten der sogenannten muslimischen und westlichen Welt.

Eine bescheidende aber wichtige Initiative von UNHCR ist in dieser Hinsicht unser Bemühen, ein besseres Verständnis für die Vereinbarkeit des Flüchtlingssschutzes und des internationalen Flüchtlingsrechts mit der islamischen Tradition zu erreichen.

Zusammen mit der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) und der Prinz Naif Universität in Saudi-Arabien hat UNHCR ein Buch des Kairoer Universitätsprofessors Ahmed Abu Al-Wafa zu diesem Thema herausgebracht.

Das Buch zeigt, dass Flüchtlingsrecht nicht eine Zumutung des Westens ist. Ähnliche Prinzipien von Schutz und Gastfreundschaft sind seit jeher präsent in der Arabischen und Islamischen Welt.

Hier in Deutschland bin ich doch ermutigt darüber, dass der öffentliche Diskurs zu diesen Themen relativ positiver und maßvoller als in anderen Ländern geführt wird. Deutschlands Bürgerinnen und Bürger haben auch die enormen Herausforderungen bewältigt, die durch die Wiedervereinigung entstanden waren. Vielleicht sind sie deshalb weniger eingeschüchtert durch die zwar unterschiedlichen, aber unzweifelhaft signifikanten Herausforderungen, die sich durch die Integration von Migranten stellen

Aus meiner Sicht sind multi-ethnische, multi-kulturelle und multi-religiöse Gesellschaften nicht nur gut, sondern unvermeidbar. Wir brauchen überall Politiker, die dies anerkennen und auch hervorheben – und so unmissverständlich den Wert der Toleranz unterstützen. Wir müssen uns für die Menschen sammeln, nicht gegen sie.

Derzeit wird das Thema Flüchtlinge allzu oft durch eine Kontrollorientierung geleitet. UNHCR stellt nicht das Recht und natürlich auch die Verpflichtung von Staaten in Frage, ihre Grenzen zu kontrollieren, doch muss dies in völliger Achtung der internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen geschehen. Wir möchten sicherstellen, dass Grenzkontrollen nicht in einer Weise durchgeführt werden, die den Zugang zu schutzbedürftigen Personen blockieren.

Es ist wichtig, die Dinge nüchtern zu betrachten. Die Gesamtzahl der Erstasylanträge in allen europäischen Staaten lag im letzten Jahr bei 286.700 – praktisch die gleiche Zahl wie im Jahr 2008. Zum Vergleich: In Südafrika wurden im letzten Jahr mehr als 222.000 Asylstanträge eingereicht.

Zwar gibt es einige beunruhigende Tendenzen – so z.B. die wachsende Zahl unbegleiteter und von ihren Eltern getrennter Kinder unter den Asylsuchenden – doch das eigentliche Thema ist nicht die Gesamtzahl der Anträge, sondern ihre ungleiche Verteilung.

Da ihre Gesamtzahl in Europa praktisch gleich blieb, muss man davon ausgehen, dass Anträge, die nicht in einigen Staaten gestellt wurden, dafür dann in anderen eingereicht wurden.

Im zweiten Jahr in Folge stiegen die Asylanträge in Frankreich stark an. Auch die Zahl in einigen skandinavischen Staaten ging nach oben. In Deutschland stieg die Zahl der Asylanträge im letzten Jahr gegenüber 2008 ebenfalls leicht an, auf 27.600. Dies sind jedoch nur 14 Prozent der Anträge, die hier im Jahr der Wiedervereinigung 1990 gestellt wurden.

Verständlicherweise suchen Menschen Schutz dort, wo sie ihn zu finden glauben. Solange es keinen harmonisierten Ansatz für die Feststellung des Flüchtlingsstatus in Europa gibt, durch den die Asylsuchenden die gleiche Chance haben, Schutz zu erhalten, unabhängig davon, ob der Antrag in Griechenland oder Schweden erfolgt, werden wir wohl auch in Zukunft eine ungleiche Verteilung der Anträge erleben.

Die Realität ist heute, dass Anerkennungsraten für Asylsuchende (egal woher sie kommen) in einigen Staaten praktisch bei null liegen, während Asylsuchende, je nachdem woher sie kommen, in anderen Staaten zu über 80 Prozent anerkannt werden können.

Auf dem gesetzgeberischen Weg sind Fortschritte notwendig, was die Vorschläge der Europäischen Kommission angeht, die Institution des Asyls in Europa zu stärken. Die vorgeschlagenen Ergänzungen zu den existierenden Asylinstrumenten – vor allem mit Blick auf die Dublin II-Regelung sowie zu den Aufnahme-, Qualifikations- und Asylverfahrens-richtlinien würden helfen, ein konsistentes und qualitativ hochstehendes europäisches Asylsystem sicherzustellen.

Ich bin überzeugt, es gibt drei wesentliche Aspekte eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Es muss zugänglich sein für jene, die Schutz suchen. Es muss eine qualitativ hochwertige und konsistente Entscheidungsfindung im Asylverfahren sicherstellen – an dessen Ende vielleicht sogar eines Tages ein EU-Flüchtlingsstatus steht. Und es muss die Solidarität fördern, innerhalb der einzelnen EU-Staaten, zwischen ihnen sowie zwischen der EU und der Außenwelt.

Deutschlands Bereitschaft, 100 international schutzbedürftige Personen von Malta zu übernehmen, ist eine wichtige Geste in diesem Zusammenhang. Eine führende Rolle Deutschlands zugunsten eines schutzorientierten Ansatzes bei der weiteren Harmonisierung der Asylverfahren in der Europäischen Union ist der Schlüssel zum Erfolg entsprechender Bemühungen.

Ein Wort zu Griechenland, das einen disproportional hohen Anteil von Asylanträgen aufgrund seiner geographischen Lage zu bewältigen hat. Mich hat der ausdrückliche Wunsch der dortigen Regierung beeindruckt, das

Asylsystem in Einklang mit internationalen europäischen und internationalen Standards zu bringen. Im Lichte der anderen gewaltigen Herausforderungen, denen die griechische Regierung mit ihren vorhandenen Ressourcen ihre Aufmerksamkeit schenken muss, braucht dies jedoch Zeit. In der Zwischenzeit bleibt UNHCR bei seiner Empfehlung, Transfers von Asylsuchenden nach Griechenland im Rahmen der Dublin Regelung auszusetzen.

Als Antwort auf die Herausforderungen, die ich Ihnen skizziert habe, sollen zwei Prioritäten die Arbeit von UNHCR leiten:

Erstens werden wir unsere Kapazitäten verstärken, um den Anforderungen jener Menschen gerecht zu werden, um die wir uns kümmern. Besondere Aufmerksamkeit erfordern dabei die Lücken, die derzeit existieren bei Maßnahmen für Flüchtlinge in kombinierten Flucht- und Migrationsbewegungen sowie für jene Flüchtlinge, die in sogenannten langanhaltenden Situationen (d.h. fünf Jahre oder länger im Exil) leben, darüber hinaus für Binnenvertriebene, die außerhalb von Lagern leben, zumeist in urbanen Ballungszentren.

Zweitens werden wir unsere Nothilfe-Kapazitäten ausbauen und dabei auf Umweltfreundlichkeit und Existenzsicherung achten. Dabei werden wir die Bedürfnisse von Gastfamilien, Gemeinschaften und Staaten berücksichtigen.

Mir ist bewusst, dass UNHCR versucht, steigende humanitäre Anforderungen just zu einem Zeitpunkt besser zu berücksichtigen, an dem die zweite Welle einer globalen wirtschaftlichen Krise über die Staaten rollt, besonders aber über Europa.

Durch ein ambitioniertes Reformprogramm hat UNHCR in den letzten vier Jahren den Umfang seiner Aktivitäten um 50 Prozent gesteigert – bei der gleichen Personalzahl weltweit und mit 30 Prozent weniger Personal in der Genfer Zentrale. Wir haben die Personal- und Verwaltungskosten in der Zentrale in Relation zu den Gesamtausgaben gesenkt und dafür den Prozentsatz für Mittel zugunsten von Hilfsprogrammen erhöht, die durch Partnerorganisationen durchgeführt werden. Wir wollten uns so effizient wie möglich präsentieren, um die verfügbaren Ressourcen zu maximieren, die direkt den Menschen zu gute kommen, um die wir uns kümmern.

Unsere Geber haben uns bis heute verständnisvoll unterstützt. Wir sind verpflichtet, ihr Vertrauen auch weiterhin zu rechtfertigen. In Deutschland stehen erhebliche Haushaltskürzungen an. Dennoch ist es meine große Hoffnung, dass die deutsche Regierung in der Lage sein wird, ihren Beitrag für die internationale humanitäre und Flüchtlingshilfe auf dem Niveau des letzten Jahres beizubehalten.

Abschließend will ich noch einmal zu den Jahrestagen zurückkehren, die wir im nächsten Jahr begehen. Die Aktivitäten, die wir in diesem Zusammenhang planen, sollen dazu dienen, die Prinzipien des internationalen Flüchtlingsschutzes und der Menschenrechte, von denen die Menschen, für die wir arbeiten, abhängig sind, zu erweitern und zu erneuern.

So soll ein Ministertreffen im Dezember 2011 stattfinden, bei dem – so hoffen wir – Staaten konkrete Versprechen abgeben, um spezifische Flüchtlingssituationen zu lösen. Unser letztendliches Ziel muss es sein, der Flucht und Vertreibung sowie der Staatenlosigkeit ein Ende zu setzen und eine würdige, dauerhafte Lösung für jeden Flüchtling zu finden.

Ich rufe die Bundesregierung und die deutsche Zivilgesellschaft dazu auf, sich maßgeblich an diesen Bemühungen zu beteiligen.

Ich danke für Ihr Interesse, Ihre Aufmerksamkeit und Ihr Engagement.